

# FESTAKT



Tag der Deutschen Einheit  
am 3. Oktober 2022



**Sächsischer Landtag**

## NATIONALHYMNE

Einigkeit und Recht und Freiheit  
für das deutsche Vaterland!  
Danach lasst uns alle streben,  
brüderlich mit Herz und Hand!  
Einigkeit und Recht und Freiheit  
sind des Glückes Unterpfand:  
Blüh im Glanze dieses Glückes,  
blühe, deutsches Vaterland!

# FESTAKT

Tag der Deutschen Einheit  
am 3. Oktober 2022  
im Plenarsaal des Sächsischen Landtags

Festredner:  
Mag. Wolfgang Sobotka,  
Präsident des Österreichischen Nationalrates

---

Es musizierte das Sächsische Vocalensemble unter der Leitung von Matthias Jung.

---

# Inhalt

## Impressum: Herausgeber:

Sächsischer Landtag  
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten  
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten  
Dr. Matthias Röbller vertreten.

Tel. 0351 493-50  
publikation@slt.sachsen.de  
www.landtag.sachsen.de

🐦 twitter.com/sax\_lt  
📷 instagram.com/sachsen\_landtag  
📺 YouTube/Sächsischer Landtag

V.i.S.d.P.: Ivo Klatte, Sächsischer Landtag,  
Anschrift s. o.

Redaktion: Katja Ciesluk, Sächsischer Landtag,  
Anschrift s. o.

Fotos: Stephan Floss,  
www.stephanfloss.com

Gestaltung, Satz: Ö GRAFIK agentur für marketing und design,  
www.oe-grafik.de

Druck: Sächsischer Landtag,  
Anschrift s. o.

Der Sächsische Landtag verwendet sowohl die weibliche und männliche Personenbezeichnung nebeneinander als auch das generische Maskulinum. Bei den entsprechenden Bezeichnungen sind stets alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, gemeint. Die platzsparende Ausdrucksweise dient der besseren Lesbarkeit sowie der Verständlichkeit.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags kostenfrei an Interessierte abgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder zum Zwecke der Wahlwerbung ist – ebenso wie die entgeltliche Weitergabe – unzulässig.

## »Vertrauen in die demokratischen Werte unseres Landes«

Begrüßungsrede des Präsidenten des Sächsischen Landtags,  
Dr. Matthias Röbller ..... 6

## »Die Kraft, die aus der Hoffnung erwächst«

Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten  
des Freistaates Sachsen, Martin Dulig ..... 14

## Vorstellung des Festredners

Mag. Wolfgang Sobotka,  
Präsident des Österreichischen Nationalrates ..... 20

## »Toxischer Wirkung von Antisemitismus und digitaler Zeitenwende auf demokratische Verfasstheit mit Bildung entgegnet«

Festrede des Präsidenten des Österreichischen Nationalrates,  
Mag. Wolfgang Sobotka ..... 22

## Sächsisches Vocalensemble ..... 38



Der MDR hat den Festakt live im Fernsehen übertragen. Der Beitrag ist auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags zu sehen.



# »Vertrauen in die demokratischen Werte unseres Landes«

Begrüßungsrede des Präsidenten des Sächsischen Landtags,  
Dr. Matthias Rößler

»Einigkeit und Recht und Freiheit« – Mit diesem Dreiklang, mit dieser ersten Zeile aus dem »Lied der Deutschen«, unserer Nationalhymne, begrüße ich Sie alle ganz herzlich im Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Hier schlägt das Herz der sächsischen Demokratie.

Der 3. Oktober 1990 als Tag der Deutschen Einheit ist für uns Sachsen von doppelter historischer Bedeutung. Er markiert eben auch die Wiedergründung unseres Freistaates, geboren aus der Friedlichen Revolution, aus einer Freiheitsrevolution, die die Spaltung Deutschlands und Europas überwand.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
verehrter Herr Staatsminister Dulig,  
sehr geehrter Herr Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes, verehrte Festgäste,

es ist mir eine besondere Freude und Ehre zugleich, zu unserer heutigen Feierstunde aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit und der Wiederbegründung des Freistaates Sachsen Ihre Exzellenz, den Präsidenten des Nationalrates der Republik Österreich, Herrn Magister Wolfgang Sobotka, begrüßen zu können. Ich freue mich sehr, dass Sie, sehr geehrter Herr Präsident Sobotka, heute zu uns sprechen.

Ich begrüße sehr herzlich die Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags, die Mitglieder der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes, die Vertreter des konsularischen Korps, der Kirchen und des Kommunalbereiches sowie viele weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Seien Sie alle herzlich willkommen.

Der Dreiklang von Einigkeit, Recht und Freiheit, den Heinrich Hoffmann von Fallersleben so wunderbar in Verse setzte, bildet das zentrale Versprechen unseres demokratischen Verfassungsstaates. Einigkeit zu fördern, Recht zu bewahren und Freiheit zu gewährleisten. Darin liegt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat und in unsere Verfassung, besonders in den schweren Zeiten, die vor uns liegen.

Das Streben nach Einigkeit gehört ebenso zur langen Geschichte unseres Landes wie die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die Wiedervereinigung Deutschlands war deshalb einer der glücklichsten Momente unseres Volkes. Sie war das Ergebnis einer Friedlichen Revolution, der ersten gelungenen, siegreichen Revolution in der deutschen und mitteleuropäischen Geschichte.



Einen wichtigen Anteil daran hatte auch der am 30. August verstorbene russische Staatsmann Michail Gorbatschow. Er respektierte den Willen der europäischen Völker auf freie Selbstbestimmung. Dafür sind wir ihm für immer dankbar.

*»Der Dreiklang von Einigkeit,  
Recht und Freiheit bildet das zentrale  
Versprechen unseres demokratischen  
Verfassungsstaates.«*

Heute denken wir beim Thema Einigkeit in erster Linie an den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieses Miteinander war zuletzt spürbar herausgefordert, nicht nur bei uns in Sachsen. Gräben haben sich vertieft, Positionen zunehmend verhärtet, Meinungen stehen sich unversöhnlich gegenüber. Das beunruhigt mich und viele andere zutiefst.

Kompromissfähigkeit und gegenseitige Akzeptanz trotz unterschiedlicher Standpunkte lassen sich lernen. Noch immer eher im Sportverein, im Kirchenchor oder bei der Freiwilligen Feuerwehr – und nicht im Internet oder in den sogenannten sozialen Medien. Vertrauen in die Einigkeit unseres Landes setzt also eine intakte Bürgergesellschaft voraus. Menschen, die sich nicht nur um eigene Angele



genheiten kümmern, sondern auch das Gemeinwohl im Auge haben – in ihrem Ort, ihrer Region oder im ganzen Land.

Doch selbst innerhalb einzelner gesellschaftlicher Gruppen mangelt es heute mitunter an Gemeinsamkeiten. Die vom Soziologen Andreas Reckwitz diagnostizierte »Gesellschaft der Singularitäten« scheint bittere Realität. Sie zeigt, wie schwierig es oftmals ist, sich auf den sprichwörtlichen gemeinsamen Nenner zu verständigen. Dabei brauchen wir wieder mehr Miteinander und kein Gegenüber. Wir brauchen Gemeinsinn.

Gesellschaftliche Einigkeit bedeutet aber nicht Übereinstimmung und sie bedeutet schon gar nicht Gleichförmigkeit im Denken und Handeln. Im Gegenteil: Die plurale,

die vielstimmige Gesellschaft gehört zum Wesenskern unserer Demokratie. Die Vielfalt an Meinungen und Einstellungen zeichnet unser freies Gemeinwesen aus. Dies unterscheidet es ganz wesentlich von autokratischen Staaten, die Einigkeit erzwingen, indem sie Proteste, Demonstrationen und jeglichen politischen Wettbewerb verbieten. Offener, zivilisierter Streit hingegen ist ein hilfreiches Mittel zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lernen.

Unser ehemaliger Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble formulierte es hier in Dresden einmal so: »Wir müssen mehr Streit in der Mitte der Gesellschaft zulassen – und ihn öffentlich im Parlament austragen«. Hier steht die zentrale Arena politischer Auseinandersetzung.

Verehrte Damen und Herren, zur Einigkeit gehört in unserem Land das Recht. Ein starker Rechtsstaat braucht starke Institutionen, er braucht starke Parlamente auf allen Ebenen. Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit bildet die Grundlage unserer freiheitlichen Ordnung. Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Gewalten halte ich hingegen für mehr als gefährlich. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger von der Politik, ja sogar von der Verfassung abwenden, weil sie den Glauben in effektives Staatshandeln verlieren, dann ist das alarmierend.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass unsere Volksvertretungen schlechtgeredet werden. Die Abgeordneten sind vom Volk gewählt, ihnen kommt damit eine herausragende demokratische Legitimation zu. Als Mandatsträger übernehmen sie Verantwortung für politische Entscheidungen. Wir brauchen Parlamente als Orte der demokratischen Verantwortlichkeit. Und wir brauchen sie als Orte des Gemeinsamen.

In diesem Sinne entsteht in einer Demokratie Politik für alle und nicht nur für die, die meinen, im Besitz der Wahrheit zu sein. Es gibt keine Politik der Wahrheit und es gibt oft auch nicht die eine richtige Lösung. Erkenntnisfindung beruht am Schluss darauf, bei der Suche nach richtigen Entscheidungen auch Fehler machen zu dürfen, aber diese dann konsequent zu korrigieren.

Die parlamentarische Demokratie hat sich in ihrer Geschichte stets als lernfähig und flexibel erwiesen. Zu diesem Urteil kommt jedenfalls der Politikwissenschaftler Jens Hacke in einem kürzlich erschienenen Band zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Volksvertretungen bilden das Zentrum unserer Demokratie. Der darin verankerte Rechtsstaat gilt für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Er existiert nicht zum Selbstzweck, sondern gibt gesellschaftlich vereinbarte Regeln vor. Er fordert zugleich dazu auf, diese in Freiheit und Verantwortung einzuhalten. Und er muss diese Regeln auch durchsetzen.

*»Das Miteinander war zuletzt  
spürbar herausgefordert,  
nicht nur bei uns in Sachsen.  
Gräben haben sich vertieft,  
Positionen zunehmend verhärtet,  
Meinungen stehen sich  
unversöhnlich gegenüber.  
Das beunruhigt mich und viele  
andere zutiefst.«*

Der Wert der Freiheit, meine verehrten Damen und Herren, ist konstitutiv für unseren heutigen Freistaat Sachsen und für unser ganzes Land. In der Friedlichen Revolution stand er für uns an erster Stelle. Unser Wunsch bestand darin, von einem totalitären Staat befreit zu leben, der seine Bürger einer Ideologie unterwarf und sie bis ins Private hinein politisch kontrollierte.

Deshalb standen die Forderungen nach Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit im Herbst 1989 so häufig auf den Transparenten und waren ganz oben auf der politischen Agenda. Alle diese Grundfreiheiten und Grundrechte finden wir heute niedergeschrieben in unserer Sächsischen Verfassung und, meine verehrten Damen und Herren, leben wir diese auch.



Lassen Sie mich an dieser Stelle ebenfalls klar sagen: Freiheit ist unverhandelbar. Weder die des Einzelnen noch die von Staaten, weder bei uns noch in allen anderen Ländern dieser Welt.

Der russische Angriff auf die freie und souveräne Ukraine ist daher ein fundamentaler Schlag gegen die internationale Ordnung und das friedliche Zusammenleben der Völker. Er ist auch ein Angriff auf unsere europäischen Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Darin sollten wir uns alle einig sein.

Schon allein aufgrund unserer eigenen Erfahrung sollten wir uns fragen, wie wir der Ukraine in ihrem Freiheitskampf beistehen können. Genauso müssen wir aber

auch wissen, wie wir unsere eigene Freiheit schützen können.

Viele Bürgerinnen und Bürger – in Sachsen und anderswo – sind in Sorge und fragen sich beispielsweise, wie sie die extremen Preissteigerungen bei Strom und Gas bezahlen sollen. Sie erwarten Antworten auf die

*»Wir brauchen Parlamente als Orte  
der demokratischen Verantwortlichkeit.  
Und wir brauchen sie als Orte  
des Gemeinsamen.«*



drängendsten Fragen unserer Zeit: Wie sichern wir die Energieversorgung in den kommenden Monaten? Wie schützen wir Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen? Wie verhindern wir den Verlust von angesparter Lebensleistung, unseres Wohlstandes, durch Inflation? Wie helfen wir den Unternehmen, den Handwerksbetrieben, in denen der Wohlstand unseres Landes erarbeitet wird?

Nicht nur sie fürchten eine existenzielle Not. Auch unsere Kommunen sorgen sich, schon in naher Zukunft ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren. Die Bundesregierung sehe ich hier in der Pflicht, konkrete Lösungen zu finden und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland zu bewahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Einigkeit, Recht und Freiheit sind seit 100 Jahren auch dank unserer Nationalhymne zu offiziellen Symbolen unseres deutschen Vaterlandes geworden. Sie sind Ausdruck unserer demokratischen Verfasstheit und Ausdruck unserer nationalen Identität in einem vereinigten Europa. Das »Lied der Deutschen« entstand im Übrigen auf die Melodie der Kaiserhymne, die der österreichische Komponist Joseph Haydn im Jahr 1797 schuf.

Es ist nur eine von so vielen Gemeinsamkeiten, die Österreich mit Sachsen seit Jahrhunderten verbinden. Kultur, Geschichte und Architektur haben ein enges Band zwischen uns gelegt. Denken Sie nur an die glanzvolle Hochzeit des sächsischen Kurprinzen Friedrich

August II. – des Sohnes von August dem Starken – mit der Habsburgerin Maria Josepha. Als steinernes Zeugnis erinnert heute noch der Dresdner Zwinger an dieses rauschende Fest vor mehr als 300 Jahren. Ich könnte noch weitere historische Belege der sehr guten Beziehungen zwischen Österreich und Sachsen aufzählen. Zunächst einmal soll es nun aber um die Gegenwart gehen.

Ich freue mich außerordentlich, den Festredner des heutigen Tages, den Präsidenten des Nationalrates der Republik Österreich, Wolfgang Sobotka, ganz herzlich bei uns zu begrüßen. Herr Nationalratspräsident, es ist uns eine große Ehre, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Wenigen von Ihnen dürfte bekannt sein, dass Wolfgang Sobotka nicht nur ein exzellenter Politiker ist, sondern auch Musiker war und ist. Er studierte unter anderem Violoncello und Musikpädagogik an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien und war viele Jahre Leiter der Musikschule seiner Heimatstadt Waidhofen an der Ybbs sowie Lehrbeauftragter an der Musikuniversität Wien.

Politische Ämter übte Wolfgang Sobotka als Landesrat in der niederösterreichischen Landesregierung und später als Landeshauptmann-Stellvertreter aus. Ebenso amtierte er als österreichischer Innenminister. Seit 2017 ist er Abgeordneter des österreichischen Nationalrates und gewählter Parlamentspräsident.

In Wolfgang Sobotka hat auch das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag seit vielen Jahren einen großen Unterstützer. Erst im vergangenen Jahr war die Konferenz des Forums in der Wiener Hofburg zu Gast. Für Ihr Engagement in unserer gemeinsamen mitteleuropäischen Sache sind wir Ihnen überaus dankbar. Seien Sie daher nochmals ganz herzlich willkommen, Herr Präsident Sobotka!

Bevor wir Ihrer Festrede folgen werden, übergebe ich zunächst das Wort an den Stellvertreter des sächsischen Ministerpräsidenten und sächsischen Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Martin Dulig.

Ich danke Ihnen. ■



*»Freiheit ist unverhandelbar. Weder die des Einzelnen noch die von Staaten, weder bei uns noch in allen anderen Ländern dieser Welt.«*

# »Die Kraft, die aus der Hoffnung erwächst«

Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen,  
Martin Dulig

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrter Nationalratspräsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

am 30. August verstarb Michail Gorbatschow. Er hat mit seiner Perestroika und Glasnost den Menschen in Osteuropa einst Hoffnung gegeben. Hoffnung, dass sich die politische Situation und ihr Leben verbessert. Dass sich etwas ändern kann. Denn gerade in den 1980er-Jahren waren viele Menschen in der DDR geprägt von dem Sich-einrichten im System, von Resignation, aber zunehmend auch von dem »Das geht nicht mehr!«.

Michail Gorbatschow hat uns Hoffnung gegeben und damit die Kraft, mit Mut und Zuversicht voranzugehen. Die Demonstrationen, egal ob in Plauen, Dresden oder Leipzig, konnten nur stattfinden, weil Menschen ihre Angst überwunden haben. Denn diese Furcht war eine sehr konkrete: Nicht ohne Grund hatte die Staatsführung im DDR-Fernsehen die Bilder von der brutalen Niederschlagung der Volksproteste aus Peking gezeigt. Und die Angst vor der sogenannten chinesischen Lösung war bei jeder Demonstration in der DDR vorhanden.

Trotzdem haben die Menschen ihre Ängste abgelegt und sind auf die Straße gegangen. Weil sie eben auch die

Hoffnung hatten, dass sich etwas ändert. Die Hoffnung, dass etwas Gutes entsteht. Mir fällt da auch immer das Zitat von Tschechiens erstem freigewählten Präsidenten Václav Havel ein: »Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass es einen Sinn ergibt, egal wie es ausgeht«. Genau diese Hoffnung, diese Kraft hat dazu geführt, dass Menschen auf die Straße gegangen sind und damit die Voraussetzungen für die Deutsche Einheit geschaffen haben.

Ich selbst komme aus einem kirchlichem Elternhaus. Ich war nicht bei den Pionieren und in der FDJ, damit blieb mir der gleiche Berufsweg wie meinen Geschwistern. Ich sollte einen ehrbaren Handwerksberuf erlernen. Ich sollte Steinmetz werden. Das Studium war uns versagt.

Heute stehe ich hier als Staatsminister und als Vize-Ministerpräsident vor Ihnen. Ich stehe hier in Demut und in Dankbarkeit – in tiefer Dankbarkeit. Denn wir haben mit unserer Demokratie Freiheit, Verwirklichungschancen und Wohlstand gewonnen.

Und dies ist eben nicht selbstverständlich – das spüren wir jetzt wieder! Der durch nichts zu rechtfertigende brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, welcher so unsagbar großes Leid mit sich bringt, ist auch ein



Angriff auf uns und unsere Werte. Der Landtagspräsident ist darauf eingegangen. Es ist ein Angriff auf die westliche Welt, was die Rede von Wladimir Putin vor Kurzem noch einmal dokumentiert hat. Es geht um unsere Art zu leben. Auch wenn es manche nicht gerne hören: Putin – und damit Russland – hat den Gashahn zugedreht. Deshalb trifft uns die aktuelle Krise – auch gerade hier in Ostdeutschland – besonders hart.

*»Wir haben mit unserer Demokratie  
Freiheit, Verwirklichungschancen und  
Wohlstand gewonnen.«*

Auch weil sich 32 Jahre nach der Einheit die Löhne nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Im Mittel liegen die sächsischen Löhne 769 Euro unter dem des Westens. Demzufolge treffen uns die gestiegenen Energiepreise und die hohe Inflation natürlich viel mehr. Die Rentnerin mit ihrem Rentenbescheid von 856 Euro, die jetzt eine Abschlagszahlung von 500 Euro bezahlen soll, kann das nicht. Und der Unternehmer weiß nicht, wie er produzieren soll bei den hohen Gas- und Energiepreisen.

Es ist wichtig, dass auch Entscheidungen, die wir politisch treffen, mit der Hoffnung verbunden sind, diese Energiepreise zu senken. Es ist deshalb richtig, dass wir einen Gaspreisdeckel statt einer Gasumlage einführen.

Es ist richtig, dass Deutschland alles dafür tut, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auch wir in Sachsen müssen uns der Verantwortung stellen und sehen, was wir tun können, um den sozialen Frieden in unserem Land zu wahren.

Aber die Aufgabe für uns ist noch größer. Zum einen geht es darum, die Energiepreise zu senken, für Stabilität zu sorgen und sich um eine stärkere Unabhängigkeit zu kümmern. Auf der anderen Seite stehen wir vor einer großen Transformationsaufgabe, deren Lösung wegen der Krise sogar noch beschleunigt werden muss – ob das der Ausbau der erneuerbaren Energien ist, die Dekarbonisierung oder die Digitalisierung. All das, sowohl die Überwindung der aktuellen Krise als auch die zentralen Herausforderungen der Transformation, haben meiner Meinung nach eine ähnliche finanzielle Dimension wie die Kosten der Deutschen Einheit.

Dem müssen wir uns stellen. Denn wir haben keine Zeit! Aber ich bin auch zuversichtlich und habe die Hoffnung, dass es uns gelingt. Die ostdeutsche Transformationserfahrung zeigt ja: Wir haben es schon einmal geschafft und wir sind mittendrin. Wir können jetzt Milliarden Euro in den Strukturwandel investieren.

Vor Kurzem gab es die Entscheidung zur Ansiedlung von Großforschungsprojekten in der Lausitz. Unsere Automobilbranche ist auf dem Weg, Europas führender Standort zu werden. Jedes dritte Elektrofahrzeug kommt schon aus Sachsen. Und wir haben eine riesengroße Chance, beim Thema Wasserstoff- und Brennstoffzellenökonomie mit an der Spitze zu sein.

Wir werden es wieder schaffen. Wir haben die Kraft und die Möglichkeit, dass aus dem Aufbau Ost ein Vorsprung Ost wird. Und da ist sie wieder: die Kraft, die aus der Hoffnung erwächst.

Vielen Dank. ■

A man with a beard and glasses, wearing a dark suit, white shirt, and patterned tie, is speaking at a wooden podium. He is looking slightly to his left. The podium has a microphone and a glass of water. The background is a bright, modern interior with large windows.

*»Wir haben die Kraft  
und die Möglichkeit,  
dass aus dem Aufbau Ost  
ein Vorsprung Ost wird.«*





# Vorstellung des Festredners

Mag. Wolfgang Sobotka,  
Präsident des Österreichischen Nationalrates

Mag. Wolfgang Sobotka wurde am 5. Januar 1956 in Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich) geboren. Neben einem Studium der Geschichte an der Universität Wien (Mag. phil.) absolvierte er auch Studien an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien (Violoncello und Musikpädagogik) sowie am Brucknerkonservatorium in Linz (Dirigieren).

Er war Lehrer an der Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) Waidhofen an der Ybbs sowie Leiter der Musikschule seiner Heimatstadt. Des Weiteren arbeitete Wolfgang Sobotka als Lehrbeauftragter an der Musikuniversität Wien und engagierte sich in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Nach zehnjähriger Tätigkeit als Gemeinderat in seiner Heimatstadt wurde er dort 1996 zum Bürgermeister gewählt. 1998 wurde er dann Landesrat in der niederösterreichischen Landesregierung und später Stellvertreter des Landeshauptmanns. Von 2016 bis 2017 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Inneres der Republik Österreich.

Seit 2017 ist Wolfgang Sobotka Abgeordneter des Nationalrates der Republik Österreich und wurde 2017 sowie 2019 zu dessen Präsidenten gewählt.

In Wolfgang Sobotka hat auch das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag seit vielen Jahren einen großen Unterstützer. So war die Konferenz des Forums im Jahr 2021 in der Wiener Hofburg zu Gast.



# »Toxischer Wirkung von Antisemitismus und digitaler Zeitenwende auf demokratische Verfasstheit mit Bildung entgegentreten«

Festrede des Präsidenten des Österreichischen Nationalrates,  
Mag. Wolfgang Sobotka

»Mein Ziel bleibt, wenn es die geschichtliche Stunde zulässt, die Einheit unserer Nation. Und, liebe Freunde, ich weiß, dass wir dieses Ziel erreichen können und dass die Stunde kommt, wenn wir gemeinsam dafür arbeiten, wenn wir es mit Vernunft und mit Augenmaß tun und mit dem Sinn für das Mögliche.«

- Klingen Ihnen diese Worte noch in Ihren Ohren nach?
- Sehen Sie noch die Silhouette der Kirchenruine, die geschunden und mahnend den Platz mit den unzähligen schwarz-rot-goldenen Fahnen überblickt?
- Spüren Sie noch die Stimmung, die in beispielgebender Disziplin Hoffnung gab?

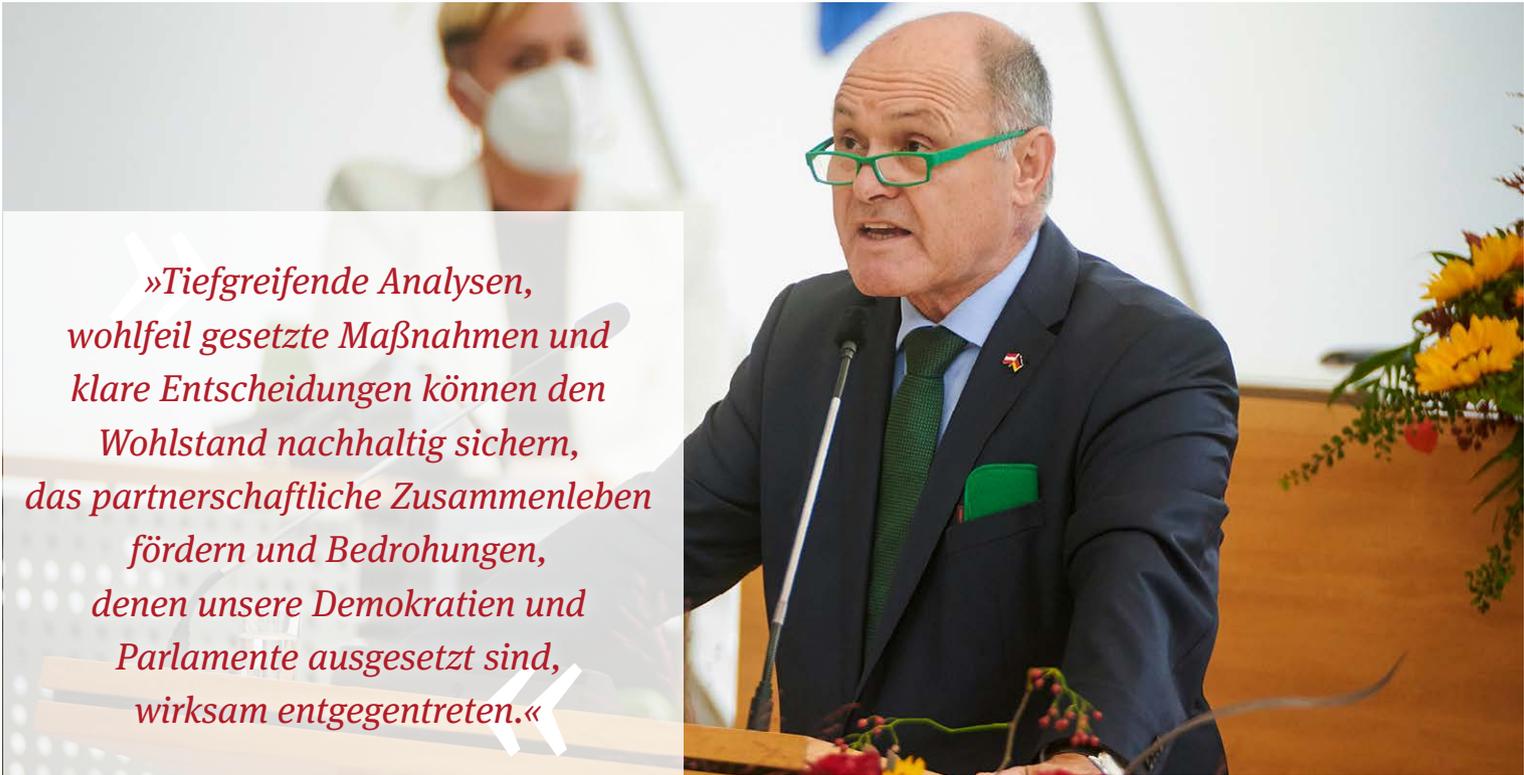
Sie, Ihre Eltern, Verwandte, Freunde und Weggefährten waren es, die gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl und vielen politischen Verantwortungsträgern das für viele in aller Welt, hüben wie drüben, Unvorstellbare meisterten: die Wiedervereinigung.

Die Wiedervereinigung Ihrer beiden deutschen Länder, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Eine Wieder

vereinigung ohne Gewalt, ohne zerstörerische Revolution. In einem geordneten Prozess, der oftmals eine besondere Eigendynamik entwickelte. In europäischer Balance Ihren Nachbarn ihre Angst vor einem übermächtigen Deutschland nehmend und schlussendlich Russland, Großbritannien, Frankreich und die USA als Ermöglicher und Unterstützer zu gewinnen.

Dazu kann man nur, und das darf man auch nach 32 Jahren, mit großem Respekt gratulieren und sich über die Entwicklungen, die das gemeinsame Deutschland genommen hat, freuen.

Sehr geehrter Herr Präsident Rößler,  
sehr geehrter Herr stellvertretender  
Ministerpräsident Dulig,  
verehrte Damen und Herren Abgeordnete des  
Sächsischen Landtags,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
sehr geehrte Gäste,  
werte Musikerinnen und Musiker, die uns so  
eindrucksvoll heute begleiten,



*»Tiefgreifende Analysen, wohlfeil gesetzte Maßnahmen und klare Entscheidungen können den Wohlstand nachhaltig sichern, das partnerschaftliche Zusammenleben fördern und Bedrohungen, denen unsere Demokratien und Parlamente ausgesetzt sind, wirksam entgegentreten.«*

wer die langen Schatten der Geschichte kennt, wer heute offen und reflektiert damit umzugehen weiß, der hat das beste Rüstzeug, die mannigfachen und seit 1945 einzigartig in cumulo auftretenden Herausforderungen zu meistern. Tiefgreifende Analysen, wohlfeil gesetzte Maßnahmen und klare Entscheidungen können den Wohlstand nachhaltig sichern, das partnerschaftliche Zusammenleben fördern und Bedrohungen, denen unsere Demokratien und Parlamente ausgesetzt sind, wirksam entgegentreten.

Begeben wir uns in den Schatten Ihrer Historie. Tauchen wir nur oberflächlich und kurz in die Geschichte Sachsens und Deutschlands ein, so sind Veränderungen und Transformationen, die nicht immer friedlich vonstatten

gingen, im geografischen, im politischen wie im kulturellen Sinne, die prägendste Konstante. Welche Ethnie wurde schon nach ihrer Bewaffnung benannt? Offenbar hat ihr Hiebmesser, der Sax, seit den Römern großen Eindruck auf die Völker gemacht, die ihnen begegneten.

In so mancher Landesprache wurde Deutschland mit Sachsen gleichgesetzt. Im Finnischen wird heute noch Deutschland als Saksa bezeichnet. Wie viele Regionen lassen in ihren Namen sächsische Wurzeln erkennen und nehmen damit historischen Bezug zu diesem außergewöhnlichen westgermanischen Völkerverband? Von Wessex, Sussex bis zu Niedersachsen und zu Sachsen-Anhalt spannt sich ein breiter Bogen eines unterschiedlich beanspruchten Siedlungsraumes.

Die Sachsen tauchen ab dem 3. Jahrhundert in vielen europäischen Landstrichen auf. Sie gelten neben den Franken als die streitbarsten der Germanen. Der Dux Saxonum Widukind bereitete sogar Karl dem Großen so manche Schwierigkeiten. Welche Bedeutung der Dux Saxonum im Deutschen Reich hatte, zeigen nicht nur die Könige aus seinen Reihen, sondern auch der spätere Kurfürstenstatus und, dass der Herzogstitel nicht mehr an sächsisches Siedlungsgebiet gebunden war.

Bedeutende Familien als sächsische Herzöge wie die Supplinburger, die Welfen, die Askanier, die Wettiner mit ihren unterschiedlichsten Herrschaftsgebieten trugen so zu einer dynastischen Namenswanderung bei, sodass auch hier im Freistaat Sachsen das Sächsische Einzug hielt, wo ursprünglich kein sächsisches Altsiedelland bestand. Ja, mit dem Kurfürstentum, mit dem Königreich Sachsen, ist heute der Freistaat Sachsen das sächsische Kernland, zumindest aus der Sicht eines Österreichers.

Dass sich die geschichtlichen Wege Sachsens mit denen der österreichischen Habsburgermonarchie immer wieder kreuzten, ist hier wohl allen bekannt. Im Staccato: Abwechselnd auf der Seite des Kaisers, die geografische Lage war nicht immer ein Vorteil, die wechselvollen Zeiten des 30-jährigen Krieges, der glanzvolle Einsatz der sächsischen Reiter am Kahlenberg 1683 – Wien von den Türken zu befreien –, wieder katholisch, König von Polen, barocke Pracht, Ambivalenz zu Preußen, immer wieder Vermittler, oftmals Kriegsschauplatz in den Napoleonischen Kriegen – Metternich sei Dank: Sachsen bleibt unabhängig, aber etwas kleiner.

Sie haben Österreich etwas voraus. 1831 schon konstitutionelle Monarchie, 1866 dann das endgültige Aus der Beziehungen zu Österreich, ab 1871 festgefügt im Deutschen Kaiserreich, war Ihr Land bis heute mit allen Höhen und Tiefen Teil der Deutschlandpolitik.

1945, rund um das unvorstellbar verwüstete und zerstörte Dresden, als Land Sachsen in der sowjetischen Besatzungszone eingerichtet, wurde es 1952 quasi aufgelöst, in drei Bezirke geteilt. Das sächsische Selbstverständnis konnte auch die Herrschaft der SED nicht beseitigen.

*»Das sächsische  
Selbstverständnis konnte  
auch die Herrschaft der SED  
nicht beseitigen.«*

So wie sich bei Ihnen das sächsische Gemeinverständnis, Ihre Identität, nicht unterdrücken ließ, so war auch das durch das Grundgesetz von 1949 formulierte Gemeinverständnis für Gesamtdeutschland ausschlaggebend, die Teilung Deutschlands nur als einen temporären Zustand zu betrachten. So hieß es zum Schluss der Präambel: »Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«.

Wohl kaum jemand dachte in den folgenden Jahren, dass – mittlerweile wurde durch den Kalten Krieg das Verhältnis zwischen den Siegermächten deutlich verschlechtert – es zu einer baldigen Wiedervereinigung kommen könnte. Die Ostpolitik der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren trug ein Übriges dazu bei.

Österreich, dessen staatliche Integrität schon 1945 gewahrt werden konnte, wurde um den Preis der Neutralität 1955 wieder vollkommen hergestellt, selbstständig und frei. Ein ähnliches Angebot wurde 1952 der Bundes



republik gemacht. Bundeskanzler Adenauer stellte die Bedingungen nach freien Wahlen, die für Stalin so nicht in Frage kamen. Sie alle kennen die Geschichte Ihres Landes besser als alle anderen. Sie brauchen auch keine Interpretationen eines Österreichers.

So lassen Sie mich einen Sprung in das Jahr 1989 machen und den einen oder anderen Bezug zu heute herstellen. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht in ihrer eigenen Faktizität, sie liefert aber die eine oder andere Erklärung, erhellt die dem Handeln zugrunde liegenden Überlegungen und gibt Beispiele.

Das Festhalten Kohls an einer Staatsbürgerschaft und am besonderen Charakter der innerdeutschen Grenze bis zum

Schluss zeigt, dass langfristig gedachte Politik, die der Verfassung treu bleibt, von Erfolg gekrönt wird. Das darf doch auch Beispiel für uns heute sein. Europäisch gedacht heißt das, dass es kein Aushöhlen der europäischen Verträge geben darf, kein Europa à la carte, weder nach dem Brexit noch für Länder, die demokratische Grundrechte beschneiden oder einzuschränken gedenken.

Für manche war das Festhalten an der Wiedervereinigung nur Gerede, das die Entspannungspolitik und den Frieden gefährden würde. Politik, die sich nur an der gegenwartsbezogenen, polit-soziologischen Weltsicht orientiert und nicht das ganze Bild bis zum Ende durchdenkt, ist wenig nachhaltig und unkalkulierbar und von dem, der gegen sie kämpft, wird sie als schwach empfunden.



*»Es darf kein Aushöhlen der europäischen Verträge geben, weder nach dem Brexit noch für Länder, die demokratische Grundrechte beschneiden oder einzuschränken gedenken.«*

Natürlich sind die Sanktionen gegen Russland auch für die europäischen Länder, vor allem für die, die energiepolitisch von Russland stark abhängen, eine große Herausforderung. Der Stimmung in so manchen Ländern nachzugeben oder eine Spaltung der europäischen Länder zu riskieren, würde den Aggressor Russland nur ermutigen, weitere Schritte zu setzen. Welches Land wäre das nächste, das den russischen Aggressionen ausgesetzt werden würde? Und Putin, der Europa ohnedies verachtet, verstünde es als eine fundamentale Schwäche. Es würde überdies gut in sein von Europa gezeichnetes Bild als ein verwöhntes und dekadentes Staatenbündnis passen.

Anlässlich der Errichtung der Berliner Mauer 1961 wurde nach einstimmigem Beschluss der Justizminister und

Justizsenatoren der Bundesrepublik die Errichtung der Erfassungsstelle Salzgitter beschlossen. Diese Behörde hatte die Aufgabe, Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes zu dokumentieren und für allfällig spätere Strafverfolgungen der Täter aufzubereiten. Honecker und auch seine Nachfolger, Krenz und Modrow, forderten stets ihre Auflassung, da sie sie als Einmischung in innere Angelegenheiten verstanden.

Menschenrechte sind unteilbar und Kriegsverbrechen bleiben Kriegsverbrechen, gehören aufgearbeitet, untersucht und letztlich vor Gericht gebracht – ob in Butscha, Kiew, Kharkiv, Isjum oder sonst wo. Und sie nicht zu untersuchen, nicht vor Gericht zu bringen, hieße wiederum, dem Aggressor Russland einen Freibrief einzuräu



men. Gehen wir geschlossen gegen diese russische Erzählung vor, Russland führe eine militärische Operation gegen Faschisten, die versuchen würden auch Russland, so wie die Ukraine, zu destabilisieren. Ferner würden sie nur die Landsleute befreien, die von den Ukrainern unterdrückt werden würden.

Der NATO-Doppelbeschluss als Antwort auf die Stationierung von russischen SS-20-Raketen, vor allem aber das unverrückbare Stehen der Bundesrepublik zu diesem Beschluss – trotz des RAF-Terrors – waren unter anderem ausschlaggebend dafür, dass Amerika auf die Bündnistreue der Bundesrepublik vertraute und dass Russland einlenkte. Letztlich wurde durch Glasnost und Perestroika, getragen von Michail Gorbatschow und Alexander

Jakowlew, ein Fenster aufgestoßen. Ein Fenster, in dem sich Europa grundlegend verändern konnte und das half, die Nachkriegszeit endlich zu überwinden und das Frieden und Wohlstand für so viele Menschen brachte.

Lassen wir heute nicht zu, dass die Unterstützung der Ukraine etwas wäre, das den Krieg anfeuert und Russland gefährden würde. Die Ukraine verteidigt das Völkerrecht, dem wir uns als Demokraten in allererster Linie verpflichtet fühlen. Lassen wir nicht zu, dass Putin das Rad der Geschichte zurückdrehen kann.

Diese oben angesprochene Haltung Deutschlands – sie ist untrennbar mit dem Namen des seinerzeitigen Bundeskanzlers Helmut Kohl verbunden – führte letztlich



*»Der Sieg der Freiheit,  
der Sieg der Demokratie,  
das Gebot der Selbstbestimmung  
überwand alle Hindernisse.«*

dazu, dass sich die wirtschaftlich und moralisch ausgeblutete DDR – schneller, als man dachte – in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990, nachdem man schon am 18. März in freien Wahlen seine demokratisch legitimierte Regierung etabliert hatte, der Bundesrepublik anschloss. Basis dafür war der von Innenminister Wolfgang Schäuble und seinem Team in kürzester Zeit, in unglaublich kurzer Zeit, ausgearbeitete Vertrag zur Wiedervereinigung.

Der Sieg der Freiheit, der Sieg der Demokratie, das Gebot der Selbstbestimmung überwand alle Hindernisse. Sie alle kennen sie zur Genüge. Und auch der Freistaat Sachsen konnte unmittelbar danach wiedererrichtet werden. Sie waren und sind ein nicht oft genug zu zitie

rendes Beispiel, wie man mit friedlichen Mitteln, mit Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß um die Demokratie kämpft. Und diesen Kampf – hoffentlich wird er in Zukunft nicht so dramatisch, herausfordernd bleibt er allemal –, diesen Kampf muss jede Generation wiederum führen, um ihre Demokratie zu festigen und zu gewinnen.

Multifaktorielle Herausforderungen haben wir zur Genüge, die die Titelseiten, Überschriften und Schlagzeilen in allen Medien dominieren. Latente Gefahren für die Demokratie sind oftmals nicht auf den ersten Blick wahrnehmbar. Schon gar nicht schaffen sie es in die Schlagzeilen.

Dort, wo Gesetze öffentlichkeitswirksam geändert werden, die demokratische Grundregeln beeinträchtigen und die

autoritäre Ansätze erkennen lassen, dort richtet sich der Scheinwerfer sofort und klar und schnell auf sie.

Dort, wo subtile Zusammenhänge bestehen – wer nimmt schon wahr, dass Antisemitismus in all seinen Formen per se antidemokratisch ist oder, dass die digitalen Plattformen, schleichend unter dem Prätext der Meinungsfreiheit, andere Grundrechte massiv einschränken und somit den Rechtsstaat beginnen auszuhöhlen, der die Grundlage für unsere demokratische Verfasstheit bildet –, dort erkennen wir die Gefahren weit weniger.

Lassen Sie mich daher nur auf zwei dieser Gefahren etwas näher eingehen.

Die Themenlage ist komplex, einfache Antworten können nicht gegeben werden. Es braucht Schuldige, es braucht Sündenböcke. Er ist wieder da, er war nie weg – der Antisemitismus. In ganz Europa, in vielen Ländern unseres Erdballs, nehmen antisemitische Äußerungen, verbale Angriffe, physische Attacken, offen getragene antisemitische Codes zu.

Antisemitismus, dazu gibt es eine Definition der IHRA\*, von Wissenschaftlern erarbeitet, ist nicht mit Rassismus gleichzusetzen, ist nicht ein Vorurteil. Antisemitismus ist nicht primär eine politische Haltung, sondern ein kulturelles Phänomen. Eine negative kulturelle Haltung, die den »ewigen Juden« als das Böse schlechthin anspricht.

Über Jahrhunderte hinweg wird er mit den gleichen konstruierten Eigenschaften konotiert wie Wucherer, Ausbeuter, Intrigant, Ritualmörder, Zerstörer, Verschwörer,

\* International Holocaust Remembrance Alliance

Machtmensch, Hostienschänder. Er wird delegitimiert und dehumanisiert. Die Sprache beschreibt nicht nur Wirklichkeiten. Die Sprache kann auch neue Realitäten schaffen und Bilder dazu verstärken den emotionalen Gehalt exponentiell.

Der Judenhass fiel nicht vom Himmel. Er entstand nicht aus einer Verteidigung oder einer Bedrohungslage. Er kam schlicht aus der Tatsache, dass sich die Christen gegenüber ihrer Mutterreligion scharf abzugrenzen versuchten, um die Deutungshoheit in religiösen Fragen rigoros durchzusetzen.

Die Verdammnis und Dämonisierung, die Teufelsmetaphorik zeigt sich erstmals im Johannesevangelium (Johannes 8,4): »Weil ihr vom Teufel als eurem wirklichen Vater stammt«. Wahrheit im Christentum, Lüge bei den Juden; gläubige Christen, die Juden waren; ungläubige Juden, die Christus nicht als Messias sahen. Die Juden werden bei Paulus im Brief an die Thessaloniker zu Feinden der gesamten Menschheit.

All das hat dazu geführt, dass Juden in den nächsten Jahrhunderten kollektiv zum Sündenbock für alle Krisen und Katastrophen gestempelt wurden. Die Topoi blieben immer die gleichen. Von Martin Luthers »Von den Juden und ihren Lügen« zu Richard Wagners Schriften »Das Judentum in der Musik« zu Hitlers »Mein Kampf« bis zu dem israelbezogenen Antisemitismus und Antizionismus verwenden sie immer die gleichen Stereotype.

Monika Schwarz-Friesel, Sprachforscherin und Antisemitismusforscherin an der Technischen Universität in Berlin, meint dazu: »Israelbezogener Antisemitismus ist Antisemitismus und nichts anderes. Er weist alle Kenn

zeichen des klassischen Judenhasses auf – Derealisierung, Differenzkonstruktion, Stereotypenprojektion und kollektive Entwertung, ist also nichts Außergewöhnliches und auch nichts wirklich Neues – bis auf seine vehemente Leugnung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Der israelbezogene Verbal-Antisemitismus basiert auf einer zeitgemäßen Substitution: Statt auf Juden oder das Judentum wird auf Israel referiert. Und es folgt der langen opportunen Adaptionlogik des Judenhasses«.

Der Antisemitismus kommt immer aus der Mitte unserer Gesellschaft. An deren Rändern zeigt er seine besonders hässliche und ausgeprägte Fratze. Rechts kennen wir ihn in all seinen Ausformungen seit langer Zeit. Mit der Migration kam ein Antisemitismus zu uns, den Menschen aus ihren Herkunftsländern mitbrachten, wo Anti-Israelismus zur Staatsräson zählte. Und schließlich sehen wir den linken Antisemitismus, der auf Antizionismus und Anti-Israelismus fokussiert.

Wer in COVID-Zeiten Juden der Weltverschwörung zeiht, wer in Wien – mit gelben Davidsternen am Mantel – gegen COVID-Maßnahmen protestiert, wer mit Schildern des Einfahrtstors zum Konzentrationslager Auschwitz mit dem Banner »Impfen macht frei« vor den Fernsehkameras posiert, wer Israel wie der Kolonialismusforscher Achille Mbembe als Apartheidsstaat denunziert und Israels Umgang mit den Palästinensern mit dem der Nazis mit den Juden gleichsetzt, wer unter dem Deckmantel der Freiheit der Kunst – wie in diesem Jahr auf der documenta in Kassel geschehen – Juden so zeichnet als wäre es eine Kopie aus dem »Stürmer«, wer all dies tut, ist klar als Antisemit zu bezeichnen. Dem muss mit allen Mitteln des demokratischen Verfassungsstaates entgegengetreten werden.

Denn seit 2000 Jahren erhält der Judenhass kontinuierlich seine toxische Grundsubstanz, füllt sie nur in andere Flaschen. Religiöse Intoleranz und antijudaistische Herabwürdigung bis zur Neuzeit, säkulare Verachtung in der Aufklärung und im Idealismus, rassistische und völkische Diskriminierung im 19. Jahrhundert, darauf fußend der Auslöschungswahn in der NS-Zeit und seit der Gründung Israels vermischen sich alle bisherigen Spielarten in Antizionismus und Israelhass. Denn Israel, das Symbol für jüdisches Überleben und genuin jüdischer Existenz, ist der Stachel im modernen antisemitischen Geist, so Monika Schwarz-Friesel in »Toxische Sprache und geistige Gewalt«.

*»Antisemitismus muss mit allen Mitteln des demokratischen Verfassungsstaates entgegengetreten werden.«*

Am deutlichsten und stärksten tritt Antisemitismus heute im Internet, dem größten und wichtigsten Kommunikationsraum, zutage. »Durch die ungeheure Schnelligkeit, die freie Zugänglichkeit, Anonymität und die steigende Relevanz der sozialen Medien als meinungsbildende Informationsquelle in der Gesamtgesellschaft hat die schnelle, ungefilterte und nahezu grenzenlose Verbreitung judenfeindlichen Gedankenguts allein quantitativ ein Ausmaß erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte gab. Die Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie hat ›Antisemitismus 2.0‹ online, multi-modal, diffus und Rezipienten-unspezifisch multi



plizierbar gemacht«, so die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel in »Judenfeindschaft 2.0 als kulturelle Tradition von Bildungseliten«.

Zwischen 2007 und 2018, also noch vor Corona, haben sich die antisemitischen Onlinekommentare verdreifacht. In ihrem Buch »Judenhass im Internet – Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl« zeigt die Sprachforscherin eindrucksvoll, wie vom 1. bis zum 21. Jahrhundert die Topoi negativ tradiert fortgeschrieben worden sind und alle sind sie per se demokratiefeindlich.

Die digitale Zeitenwende, so richtig Fahrt nahm sie erst 2007 mit Apples erstem iPhone auf, hat nunmehr alle

Lebensbereiche des Menschen erfasst. Immer und überall und auch anhaltend dokumentiert hinterlässt die Userin, der User ihren und seinen digitalen Fußabdruck. Die Vorzüge, die manchen wie Segnungen erscheinen, sind uns allen mehr als bewusst. Und auch wenn ich nicht mehr als Digital Native durchgehe, so kann ich mir – so wie Sie wahrscheinlich – mehr denn je seit COVID, eine Welt ohne schnelles Netz, ohne Telefonkonferenzen, ohne Video-Meetings, ohne iPad, Personal Computer, iPhone und so vieles andere mehr, was wir im Beruf und Haus verwenden, nicht mehr vorstellen.

Trotzdem bleibt es dabei, jede Medaille hat zwei Seiten: die Gewinnerseite und ihre dunkle Rückseite.

*»Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit  
ist durch nichts zu ersetzen.«*



Cybersicherheit, ein Thema, das erst ab der Jahrtausendwende so richtig ernst genommen wurde, ist heute für alle staatlichen Einrichtungen wie auch für Firmen und Private ein anerkanntes Themenfeld geworden, das in der strategischen Ausrichtung klar definiert und benannt wird und das niemand betreffs seiner Notwendigkeit in Zweifel zieht.

Noch kein klares Bild ergibt sich in den digitalen Anwendungsfällen im Informations- und Kommunikationsraum. Das Grundrecht der Meinungsfreiheit, grundgelegt im Artikel 19 der Menschenrechtskonvention – so essenziell es auch für die Demokratie ist – scheint vor vielen anderen Grundrechten wie dem Artikel 2, »dem Verbot der Diskriminierung«, oder dem Artikel 8, »dem Anspruch

auf Rechtsschutz«, oder dem Artikel 12, »der Garantie der persönlichen Freiheit«, eine prärogative Stellung eingenommen zu haben.

Hass im Netz, Fake News, Negative Campaigning, Dirty Campaigning, Deepfakes, Bots und Botnet, Phishing, Spams und Algorithmen – nicht zu reden von der Cyberkriminalität im eigentlich strafrechtlichen Sinne –, all das kann derzeit mit kaum tauglichen Mitteln wirkungsvoll bekämpft werden.

Ja, es gibt natürlich eine Datenschutzgrundverordnung, es gibt den EU-Digital Service Act und es gibt nationale Gesetze, um einen ersten Rechtsrahmen zu spannen. Die gesetzten Maßnahmen können nur als erster Schritt

gewertet werden, denn eine wirkungsvolle und effektive Bekämpfung dieser soeben genannten demokratiegefährdenden Instrumente lässt sich damit nicht bewerkstelligen.

Wenn Userinnen und User nicht mehr aus ihren Echo-kammern herauskommen können und ihre Verschwörungstheorien – wie zu COVID-Zeiten – munter weiterverbreiten; wenn Jugendliche sich nicht mehr mit ihresgleichen treffen wollen, weil sie fürchten gemobbt zu werden; wenn Kinder und Jugendliche zur Gewalt an Tieren, Freunden und schließlich an sich selbst tiefgreifend animiert werden; wenn einer Ärztin mit Ermorden gedroht wird, weil sie impft und sie den digital ausgeübten Druck nicht mehr aushält und sie sich anschließend das Leben nimmt. All diese Beispiele, wo Ihnen mit Sicherheit noch Dutzende dazu einfallen würden, sie stehen – pars pro toto – für all diese Bedrohungen, dann haben wir wirklich Handlungsbedarf.

*»Cybersicherheit ist heute für alle staatlichen Einrichtungen wie auch für Firmen und Private ein anerkanntes und strategisch wichtiges Themenfeld.«*

Wem gehören heute die Clouds? Welches Recht ist für sie anwendbar? Wer haftet in welchem Rechtsrahmen für Artificial Intelligence? Plattformen schauen aus wie Onlinemedien, treten wie Onlinemedien auf und arbeiten

wie Onlinemedien, sie sind aber keine. Gegen Telegram wird geklagt, die Klage kann man aber niemandem Zuständigem übermitteln und der Beklagte ist physisch nicht vorhanden.

Fragen über Fragen, eine Unzahl von Analysen. Wenn kein ausreichender wirksamer internationaler Rechtsrahmen dafür gefunden wird, dann sieht es für die Durchsetzung unserer Menschenrechte düster aus. Der Rechtsrahmen, das hat Präsident Rößler in seinem Eingangsstatement brillant ausgeführt, ist die Basis unserer Demokratie und ist mit ihr unverbrüchlich verbunden. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist durch nichts zu ersetzen.

Eine Vielzahl von Herausforderungen tritt heute gleichzeitig auf. Selten war eine Generation, sowohl in der Zivilgesellschaft, in der Wirtschaft als auch in der Politik seit 1945 so gefordert wie heute.

Eine weltweite Pandemie mit ungeheuren Einschränkungen, ein deutlich sichtbarer und spürbarer Klimawandel, eine exponentielle Teuerung, die alle betrifft, galoppierende Inflation, ein erschütternder, nicht zu rechtfertigender Angriffskrieg in Europa, Failed States in Europas Nachbarschaft, illegale und irreguläre Migrationen, herausfordernder demografischer Wandel, Disruption demokratischer Strukturen, autoritäres Erstarken als Role Model und so fort.

Und dennoch habe ich zwei Herausforderungen ausgewählt, die sich nicht im aktuellen Brennpunkt des Geschehens wiederfinden, die aber aufgrund ihrer toxischen Wirkung auf die demokratische Verfasstheit von nachhaltiger Bedeutung sind.

Die Politik muss heute mit dem Sensorium eines Radars auch die noch im Hintergrund befindlichen angreifenden Flugobjekte am Schirm haben. Um den beiden angeschnittenen Themen angemessen begegnen zu können, braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen.

Zuallererst ist es notwendig, das Problem als solches zu erkennen und zu reflektieren. Dazu ist Bildung und nochmals Bildung das geeignetste, das allerwichtigste der zur Verfügung stehenden Instrumentarien.

In den wiederkehrenden regelmäßigen Untersuchungen des österreichischen Parlaments zum antisemitischen Sentiment in unserem Land ist ein Ergebnis am eindrucksvollsten, aber auch am ermutigendsten. Junge gebildete Menschen sind weniger antisemitisch eingestellt als nicht gebildete. Das gilt im gleichen Maße für den Umgang mit digitalen Medien.

Es braucht weiterhin ein zivilgesellschaftliches Engagement. Das will das österreichische Parlament mit dem Simon-Wiesenthal-Preis ansprechen. Ein vom Fußballverein Borussia Dortmund eingereichtes Projekt hat mich dabei zutiefst beeindruckt. Der Verein bot seinen stets emotional stark agierenden Fans ein Deradikalisierungsprogramm im Sinne der Antisemitismusprävention an und hatte Erfolg. Das ist doch mehr als ein gutes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement.

Letztlich braucht es auf allen politischen Ebenen, von der Gemeinde über die Länder, von den Staaten bis zur Europäischen Union, unseren ganzen politischen Einsatz, um den nötigen Rechtsrahmen für all das zu finden, was unsere Demokratie gefährdet und die Gefahren wirkungsvoll zu bekämpfen hilft.

Wenn etwas wie ein Onlinemedium aussieht, wenn es wie ein Onlinemedium arbeitet und funktioniert, dann sollte man es auch als ein solches behandeln und mit einer Verantwortung des Herausgebers ausstatten.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben die Bildung des Herzens Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger angestoßen. Sie haben das verantwortungsvolle Engagement Ihrer Zivilgesellschaft, gerade hier in Dresden, gefördert. Sie haben die Einsatzbereitschaft der deutschen Politikerinnen und Politiker unterstützt – zuzuhören, zu verhandeln, Augenmaß zu beweisen, den Rechtsrahmen zu beschließen, zu kommunizieren.

All das haben Sie vor 32 Jahren in so eindrucksvoller Art bewiesen, sodass die langen Schatten Ihrer Geschichte uns auch heute ein Beispiel geben können und Mut machen.

Die Menschen brauchen gerade in diesen Zeiten Tage der Freude wie es sich Helmut Kohl für den 3. Oktober wünschte.

Vielen Dank! ■

*»Menschenrechte sind unteilbar und  
Kriegsverbrechen bleiben Kriegsverbrechen,  
gehören aufgearbeitet, untersucht und  
letztlich vor Gericht gebracht.«*







# Sächsisches Vocalensemble

1996 von Matthias Jung in Dresden gegründet, avancierte das Sächsische Vocalensemble in kürzester Zeit zu einem international geschätzten Spitzenensemble. Maßstabsetzende Aufführungen Alter Musik, Stilsicherheit, präzise Artikulation und Intonation, Virtuosität und emotionale Tiefe sind Markenzeichen des Chores. Die Mitwirkung im Ensemble setzt eine intensive musikalische Ausbildung voraus. Zur Stammbesetzung gehören 22 überwiegend in Sachsen beheimatete Sängerinnen und Sänger.

Einen Programmschwerpunkt bildet die Musik zwischen Heinrich Schütz und Johann Sebastian Bach, gleichfalls das Repertoire aus den Beständen der Dresdner Hofmusik. Bei vielen der ausgewählten Werke handelt es sich um editorische Raritäten. Mit besonderem Engagement setzt sich das Ensemble für die zeitgenössische Musik ein. Es ist Widmungsträger zahlreicher Kompositionen. Mit der seit 2010 jährlich stattfindenden Robert-Schumann-Ehrung erschloss sich das Ensemble einen neuen Programmschwerpunkt. Seit der Gründung wird das Ensemble von Rundfunkanstalten verpflichtet und gastiert auf renommierten Festivals wie dem Bachfest Leipzig, den Dresdner Musikfestspielen oder dem Rheingau Musik Festival. Tourneen führten nach Frankreich, Tschechien, Polen, Italien, Österreich sowie mehrfach nach Japan. Seit der Aufmerksamkeit erregenden und mit dem Cannes Classical Award prämierten Bach-Interpretation des Ensembles liegen mittlerweile über 20, häufig preisgekrönte CDs vor, in denen sich die enorme musikalische Bandbreite des Chores zeigt.

## MATTHIAS JUNG

1964 in Magdeburg geboren, begann Matthias Jung seine musikalische Ausbildung an der Spezi­alschule für Musik und im Rundfunkjugendchor in Wernigerode. Es folgten Studien im Fach Chor- und Orchesterdirigieren an der Hochschule für Musik »Franz Liszt« in Weimar. Dort gründete er das erfolgreiche Vocal Consort Weimar. Er wurde an zwei renommierte deutsche Knaben­chöre verpflichtet: zunächst an den Tölzer Knabenchor, danach an den Dresdner Kreuzchor. 1994 bis 1996 wirkte er als amtierender Kreuzkantor, produzierte im Rahmen eines Exklusivvertrages mit der Deutschen Grammophon Gesellschaft. Zahlreiche Werke der mitteldeutschen Musiklandschaft, insbesondere der Dresdner Hofkirchenmusik sowie aus den Beständen der Fürsten- und Landesschule St. Augustin Grimma, wurden durch ihn erschlossen und mit dem 1996 gegründeten Sächsischen Vocalensemble aufgeführt.

Mit gleichem Engagement setzt sich Matthias Jung für die Pflege zeitgenössischer Vokalmusik ein, was sich in mehreren Uraufführungen spiegelt. Mit der Etablierung der jährlichen Robert-Schumann-Ehrung des Sächsischen Vocalensembles e.V. stehen verstärkt Chorwerke der Romantik auf seinen Konzertplänen. Neben dem Sächsischen Vocalensemble leitet er den Knabenchor Dresden und den Dresdner Motettenchor. ■

Quelle: [www.saechsisches-vocalensemble.de/ueber-uns/](http://www.saechsisches-vocalensemble.de/ueber-uns/)

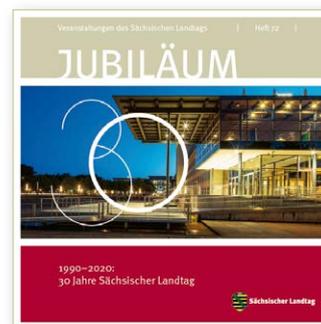






Die Schriftenreihe »Veranstaltungen des Sächsischen Landtags« dokumentiert die Reden zu Fest- und Gedenkveranstaltungen im Sächsischen Landtag seit 1990.

Folgende Hefte sind zuletzt erschienen:



Die einzelnen Hefte (ab 1990) können bei Interesse kostenfrei unter [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de), per E-Mail unter [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de) oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. Ansichtsexemplare aller Hefte stehen in der Bibliothek des Sächsischen Landtags zur Verfügung.

Hefte der  
Schriftenreihe hier  
herunterladen





